

Die Kirchenpolitik der Ost-CDU und die katholische Kirche in der SBZ/DDR

Von Bernd Schäfer

»Von allen Kirchen in der DDR hatte die römisch-katholische Kirche bislang die schlechtesten Beziehungen zur Christlich-Demokratischen Union Deutschlands – um nicht zu sagen gar keine.«¹ So formulierte es jedenfalls am 10. November 1989 rückblickend Wulf Trende, seit Ende der sechziger Jahre Mitarbeiter der Abteilung Kirchenfragen beim Hauptvorstand der CDU in Berlin und seit 1975 deren Leiter. Dieser Satz aus einem internen Papier suggeriert einen Vorwurf an diese Kirche. Aus Sicht des hauptamtlichen CDU-Funktionärs spiegelt er die Enttäuschung über mangelnde kirchenpolitische Erfolge der Partei im Bereich der katholischen Kirche wider, wobei sich doch diese Kirche mit Beziehungen zum SED-geführten Staatsapparat vergleichsweise weniger zurückgehalten hätte.

Solche »Mißerfolge« waren jedoch nicht das Ergebnis mutwilligen kirchlichen Verschmähens der CDU, sondern eindeutiges Resultat ihrer Eingebundenheit in die bereits ab 1945 immer rigider werdenden diktatorischen Herrschaftsstrukturen in SBZ und DDR. Eine eigenständige und damit »erfolgreiche« Kirchenpolitik der CDU war in der DDR grundsätzlich unmöglich, weil entsprechende Versuche der CDU bald auf offiziellen wie inoffiziellen Wegen der SED bekannt und in der Folge in das jeweilige politische Konzept der herrschenden Partei eingeordnet wurden.² Die kirchenpolitischen Aktivitäten der CDU waren fast immer kontrollierbar und wurden entweder implizit von der SED gebilligt oder eben unterbunden. Im Idealfall wurden sie von der SED vorgegeben, die sie dann über Transmissionsriemen umzusetzen versuchte. Jede CDU-Kirchenpolitik, auch in scheinbarer »Eigenständigkeit«, war somit letztlich Bestandteil oder Variante der SED-Kirchenpolitik. Als dieses im Verlaufe der Geschichte der DDR offensichtlich wurde, beschleunigten die Kirchen den Bedeutungsverlust der CDU, indem sie sich in unterschiedlicher Intensität unmittelbar an die Träger der politischen Macht wandten, nämlich an das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und die für Kirchenfragen zuständigen Staatsorgane in Berlin und

¹ Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) VII-013-3149.

² Vgl. zu den folgenden Ausführungen auch meine Dissertation *Staat und katholische Kirche in der DDR* (Schriften des Hannah-Arendt-Institutes für Totalitarismusforschung, Bd. 8), Böhlau Verlag Weimar-Köln-Wien 1998.

in den Bezirken. Schließlich kommunizierten sie auch stellenweise direkt mit dem SED-Parteiparat.

Künftige Forschung sollte jedoch über die Feststellung des systemlogischen Mißerfolgs einer eigenständigen CDU-Kirchenpolitik hinausgehen.³ Es sollten auch ihre Inhalte und Methoden dargestellt werden, um eine historische Bewertung dieser Kirchenpolitik zu ermöglichen und um festzuhalten, was einzelne eifrige Funktionäre aus dem Streben nach »kirchenpolitischen Erfolgen« zu verantworten haben. Daß diese Verantwortung trotz allem marginal war im Vergleich zu den kirchenpolitischen Aktivitäten von SED und MfS, ist wiederum Resultat des allmählichen Bedeutungsverlustes der CDU in der SBZ/DDR.

1. Traditionelle Anfänge in der SBZ und ihre Unterdrückung

Die katholische Kirche auf dem Gebiet der SBZ konnte nach 1945 durch die Zuwanderung von Flüchtlingen und Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten und dem Sudetenland eine Verdopplung ihres Anteils verzeichnen, so daß sie nach Kriegsende etwa 12 Prozent der Bevölkerung umfaßte. Durch Migrationsschübe vor dem August 1961, wobei vorwiegend die ehemaligen Flüchtlinge aus dem Osten nach Westen weiterwanderten, lag die Katholikenzahl bald wieder nur geringfügig über dem Vorkriegsstand.⁴

Katholische Geistliche und Laien beteiligten sich 1945 in vielen Städten und Orten der SBZ,⁵ in der Tradition der Schaffung einer politischen Repräsentanz des Katholizismus, an der Gründung einer nunmehr überkonfessionellen christlichen Volkspartei, insbesondere in Sachsen⁶ und Thüringen⁷. Katholiken, darunter auch viele Geistliche, gehörten der CDU und ihren Landesvorständen in den mehrheitlich protestantischen Ländern in überproportionaler Zahl an.⁸ Auffälligster katholischer Geistlicher in der

3 Vgl. als Übersicht zur Rolle der CDU im Staat-Kirche-Verhältnis in der DDR: Manfred AGETHEN, *Die CDU in der SBZ/DDR 1945-1990. Neuere Literatur (1990-1996)*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 3 (1996), S. 246-249.

4 Vgl. Josef PILVOUSEK, *Flüchtlinge, Flucht und die Frage des Bleibens. Überlegungen zu einem traditionellen Problem der Katholiken im Osten Deutschlands*, in: Claus-Peter MÄRZ (Hg.), *Die ganz alltägliche Freiheit. Christsein zwischen Traum und Wirklichkeit*, Leipzig 1992, S. 9-23. Bis Ende 1989 sollte der Katholikenanteil auf etwa 4 bis 5 Prozent der DDR-Bevölkerung sinken.

5 Vgl. Martin HÖLLEN, *Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR* (Band I), Berlin 1994, S. 56-60.

6 Ralf BAUS, *Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen 1945*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 2 (1995), S. 83-118.

7 Vgl. Markus KIEFER, *Gründung und Anfänge der CDU in Thüringen (1945-1952)*, hrsg. von der CDU Thüringen, Erfurt o.J. (1995).

8 Siegfried SUCKUT, *Christlich-Demokratische Union Deutschlands. CDU(D)*, in: Martin

Partei war der Chemnitzer Pfarrer Ludwig Kirsch, der vor 1933 Vorsitzender der sächsischen Zentrumspartei gewesen war. Neben dem protestantischen Landesvorsitzenden Hugo Hickmann war er bis zu seinem Tode im Januar 1950 einer der unerschrockensten CDU-Politiker in Sachsen.⁹

Auch die katholische Kirche sah die CDU als ihre Interessensvertreterin in den Verfassungsberatungen der Landtage in den Jahren 1946 und 1947 an. Entsprechend agierte die Partei unter Jakob Kaiser und Ernst Lemmer auch als Fürsprecherin christlicher Interessen. Die Absetzung der beiden Vorsitzenden durch die SMAD und der Prozeß der Repression, Zersetzung und Transformation der CDU in eine Blockpartei, führte jedoch ab 1948 allmählich zum Rückzug vieler Katholiken. Einzelne Geistliche, insbesondere der in Berlin als Leiter des Commissariats der Fuldaer Bischofskonferenz agierende Bischof Heinrich Wienken, hielten jedoch unverändert daran fest, Katholiken die Übernahme von Funktionen in der CDU (wie auch in SED und Massenorganisationen) zu empfehlen, um über sie kirchliche Interessen in der staatlichen Verwaltung und im politischen System durchzusetzen. Dieses auch in der NS-Diktatur praktizierte und nicht unumstrittene Prinzip sowie die versuchte Instrumentalisierung vermeintlicher »katholischer Partisanen« (wie z.B. Georg Dertinger) hatte tatsächliche Relevanz nur noch auf lokaler und bezirklicher Ebene. Auf zentraler Ebene machten die reale Machtstruktur und Politik scheinbare kirchliche »Erfolge«, wie die Einflußnahme auf die Formulierungen der DDR-Verfassung von 1949, bald obsolet.

2. Otto Nuschke und die »Hauptabteilung Verbindung zu den Kirchen«

Mit Gründung der DDR im Oktober 1949 waren die Kirchen zur Durchsetzung ihrer Interessen nunmehr auf den neuen Staatsapparat angewiesen, der mehr oder weniger unsichtbar vom SED-Parteiapparat angeleitet und zunächst noch wenig von dem im Februar 1950 gegründeten MfS kontrolliert werden konnte. Im Bereich »Kirchenfragen« gab es verschiedene, oft verwirrende Instanzen und Kompetenzen, die erst mit einer administrativen Zentralisierung und der Einrichtung der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen im April 1957 übersichtlicher wurden. Bis dahin konn-

BROSZAT/Hermann WEBER (Hrsg.), *SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltung, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949*, München 1990, S. 521.

⁹ Seine schwere Krankheit und der Tod am 22. Januar 1950 bewahrte ihn wohl vor dem repressiven Ende seiner politischen Karriere, nachdem er von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl in der Sitzung des Einheitsfrontausschusses vom Juli 1949 scharf attackiert worden war: Vgl. Siegfried SUCKUT, *Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945-1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses*, Köln 1986, S. 434 f., 442 f., 452 f., 460-463.

ten kirchliche Vertreter durch geschicktes Verhandeln bisweilen Interessen durchsetzen, die den Staats- und Parteiapparat hinterher erregt zur »Fehlersuche« schreiten ließen, wie z.B. bei der Einrichtung des katholischen Theologiestudiums in Erfurt 1952 oder der Genehmigung von Ausreisen zum Deutschen Katholikentag in Köln 1956. Häufigste »Fehlerquelle« war dabei die »Hauptabteilung Verbindung zu den Kirchen«, die im Januar 1950 unter der Leitung des CDU-Vorsitzenden und stellvertretenden Ministerpräsidenten Otto Nuschke eingerichtet worden war.

Nuschke ließ sich schon bei der Stellenbesetzung von kirchlicher Seite beraten und bot sich den Kirchen als Interessenvermittler im Staatsapparat an. So trafen sich beispielsweise die katholischen Ordinarien aus der DDR nach ihrer Sitzung vom 14. März 1950 mit zwei Mitarbeitern der neuen Hauptabteilung »zu einer zwanglosen privaten Begegnung [...], um sich persönlich kennenzulernen«, wie der Magdeburger Weihbischof Wilhelm Weskamm hinterher in einem Aktenbericht notierte: »Die Aussprache war recht aufklärend über manche Fragen, doch zeigte sich auch die bei allem guten Willen eigentlich geringe Reichweite dieser Stelle.«¹⁰ Die SED durchschaute die taktische Kirchenfreundlichkeit »dieser Stelle« und beschränkte deren Möglichkeiten durch die Bürokratie im ZK der SED, im Büro von Ministerpräsident Otto Grotewohl und im Ministerium des Innern erheblich. Aufgrund ihrer deshalb geringen Entscheidungsbefugnis und fehlenden politischen Letztverantwortung fungierte die Hauptabteilung zunehmend als befürwortende Weiterleiterin kirchlicher Anträge. Für Otto Nuschke war die Kirchenpolitik der gesamtdeutschen Politik untergeordnet, wie er es paradigmatisch in einem Brief vom 18. August 1951 an Ministerpräsident Grotewohl nach einigen kirchenpolitischen Vorschlägen zum Ausdruck brachte: »Nichts darf von unserer Seite unterlassen werden, um die Position des westdeutschen Separatstaates zu schwächen. Wir müssen m.E. aber auch alles unterlassen, was die Volksstimmung im Westen gegen die DDR einnehmen könnte. Dazu gehört aber auch ein taktisch kluges Verhalten gegenüber den kirchlichen Interessen.«¹¹ Trotzdem konnte sich Nuschkes Kirchenpolitik nie aus dem unauflösbaren Dilemma befreien, daß sie gegenüber der SED kirchenpolitische Erfolge vorweisen wollte, aber dazu zum Mißfallen der SED den Kirchen entgegenkommen mußte. Die Kirchen nutzten dagegen nach Kräften jede Möglichkeit ohne Rücksicht auf dieses Dilemma der CDU: Auf katholischer Seite verhandelten bzw. sprachen in dieser Absicht Bischof Heinrich Wienken und ab 1952 Prälat Johannes Zinke bis 1957 sehr häufig mit Otto Nuschke und seinen Mitarbeitern.

10 Archiv des Bischöflichen Amtes Magdeburg (ABAM), Bericht über die Konferenz am 14. März 1950.

11 ACDP VII-013-857.

Als mit dem proklamierten »Aufbau des Sozialismus« und der stalinistischen Phase in der DDR zwischen Juli 1952 und Juni 1953 gesamtdeutsche Rücksichten der sowjetischen Politik weggefallen zu sein schienen, wurde Nuschke in seiner eigenen Partei und damit auch kirchenpolitisch weitgehend entmachtet. Die SED startete mit ihrer Kampagne gegen die kirchliche Jugend- und Studentenarbeit sowie mit gezielten Nadelstichen und Ambitionen auf staatskirchenrechtliche »Rechtssetzung« nach osteuropäischem Muster eine regelrechte »Liquidierungsphase« in ihrer Kirchenpolitik.

Neben Gerald Götting beteiligten sich auch Nuschkes »junge Leute in der Jägerstraße«¹², wie Günter Wirth und Herbert Trebs, an der Demontage ihres Vorsitzenden sowie an der Absetzung und Verhaftung von Nuschkes Hauptabteilungsleiter Kurt Grünbaum. Das »Hauptreferat für Kirchenfragen« in der CDU-Zentrale verlor zudem zwischen August 1952 und Januar 1953 zweimal seinen Leiter, bevor Günter Wirth vorübergehend in diese Funktion rückte. Die Hauptabteilung Verbindung wäre, ohne den aus Moskau oktroyierten »Neuen Kurs« auch in der Kirchenpolitik, aufgelöst und in das Staatssekretariat des Innern integriert worden, wie es das Politbüro der SED bereits am 17. März 1953 beschlossen hatte.¹³ Zuvor hatte das MfS einen solchen Druck auf Mitarbeiter der Hauptabteilung ausgeübt, daß sich drei Referenten Nuschkes aus Angst vor einer Verhaftung im Februar 1953 nach Westberlin absetzten.¹⁴

»Nuschke ist ein alter Trottel, in Wirklichkeit führe ich ja die Partei.« So zitierte der sächsische CDU-Landesvorsitzende Magnus Dedek alias Geheimer Informator (GI) »David« im November 1951 gegenüber dem MfS seinen Berliner Generalsekretär Gerald Götting.¹⁵ Die Kirchen wußten dagegen, was sie an Nuschke hatten, so lange er noch in CDU und Staatsapparat mitreden konnte. Als er am 17. Juni 1953 in den Wirren des Aufstandes vorübergehend nach Westberlin »entführt« wurde, setzte sich auch der zentrale katholische Unterhändler mit den staatlichen Stellen in Berlin, Johannes Zinke, für seine Freilassung durch die Westberliner Polizei

12 So zitierte Günter Wirth in seinem Vermerk vom 13. Dez. 1952 seinen Vorsitzenden in einem Gespräch mit ZK-Abteilungsleiter Bruno Wolff (ACDP VII-013-1801). In der Jägerstraße in Berlin-Mitte war die Parteizentrale der Ost-CDU. Vgl. zu diesen Auseinandersetzungen Hermann WENTKER, *Ost-CDU und Protestantismus 1949-1958. Die Partei der »fortschrittlichen Christen« zwischen Repräsentationsanspruch und Transmissionsaufgabe*, in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 6 (1993), S. 349-378.

13 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 30, J IV 2/2/270.

14 Vgl. den Brief des ehemaligen Oberreferenten Katholische Kirche, Dieter Bernhard, vom 12. Febr. 1953 an den Berliner Bischof Wilhelm Weskamm, in: Diözesanarchiv Berlin (DAB), Asig 30/40.

15 Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BSU), Außenstelle (Ast) Dresden, AIM 619/55, Teil II, Band 1, Bl. 160.

ein. Am 19. Juni 1953 erhielt Zinke dafür ausgerechnet von Gerald Götting den Dank »unserer Partei«. ¹⁶

Die »Hauptabteilung Verbindung« existierte zwar danach noch bis 1957, und Nuschke war bis zu seinem Tod im Dezember jenes Jahres im Ministerrat formal für Kirchenfragen zuständig, aber sein Einfluß war gebrochen. Die Bürokratie von SED und Staatsapparat konnte für künftige »Fehler« gegenüber den Kirchen jedenfalls nicht mehr Nuschkes einflußloses Amt verantwortlich machen. Nuschke selbst wurde überwacht. Der Kontrast zwischen seinen öffentlichen und internen Äußerungen wurde vom MfS und damit in der SED-Führung registriert, wobei sich in der CDU-Zentrale als Informant sein Mitarbeiter Gerhard Quast hervortat, der im November 1955 vom MfS als GI »Otto« geworben wurde. ¹⁷

3. Instrumentarien und Methoden der CDU-Kirchenpolitik und die katholische Kirche in der DDR

3.1. Die kirchenpolitischen Abteilungen der CDU in Berlin

Die Arbeit mit der katholischen Kirche stand in den zwischen 1950 und 1965 häufig wechselnden bürokratischen Strukturen und personellen Konstellationen der CDU-Zentrale in Berlin ¹⁸ immer im Hintergrund. Für die CDU waren die evangelischen Kirchen das bevorzugte Objekt ihrer Kirchenpolitik, zumal es bessere Aussicht auf Profilierungschancen gegenüber der SED versprach. ¹⁹ Katholiken oder Experten für die katholische Kirche waren in dieser Zeit bis auf eine Ausnahme nicht in relevanten Funktionen in der CDU-Parteileitung.

Sowohl die Abteilung für Kirchenfragen im Sekretariat der CDU in Berlin als auch die Nationale Front und ihre im April 1957 eingerichtete

¹⁶ ACDP VII-013-1763.

¹⁷ BStU, ZA, AIM 3010/68 (Tätigkeit für das MfS zwischen 1955 und 1968). Vgl. z.B. auch den Bericht von Hans Wilke als GI »Horst« zu einem Vortrag Nuschkes vor der Evangelischen Studentengemeinde der Humboldt-Universität am 10. Dez. 1956 mit dem sprechenden Titel »Die CDU zwischen Kirche und Staat«: BStU, ZA, AIM 2968/70. Wilke war später von 1958 bis 1989 in der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen tätig, zuletzt als Abteilungsleiter Evangelische Kirche.

¹⁸ Vgl. dazu grundlegend Hermann WENTKER, *Die kirchenpolitische Abteilung der Ost-CDU: Organisation, Wirkungsweise und personelle Besetzung*, in: Clemens Vollnhals (Hrsg.), *Die Kirchenpolitik von SED und Staatsicherheit. Eine Zwischenbilanz* (Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten, Bd. 7), Berlin 1997², S. 159-189.

¹⁹ Vgl. Gerhard BESIER, *Auf der kirchenpolitischen Nebenbühne des SED-Staates: Evangelische Kirche und Ost-CDU*, in: DERS., *Die evangelische Kirche in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts. Gesammelte Aufsätze* (Historisch-theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 5/2), Neukirchen-Vluyn 1994, S. 190-270.

»Arbeitsgruppe Christliche Kreise« konnten zwischen 1950 und 1965 in der DDR nur einen »progressiven Katholiken« in der Öffentlichkeit präsentieren. Karl Fischer, katholischer Pastor in Neustrelitz, war als angeblicher Antifaschist²⁰ ab 1950 für den VVN und dann von 1952 bis 1961 für die CDU Mitglied der Volkskammer, zeitweise war er auch Mitglied im Hauptvorstand der CDU. Wegen seiner unablässigen propagandistischen Tätigkeit für den Sozialismus in Zeitungsartikeln und Broschüren sowie auf organisierten Konferenzen wurde er 1955 als Priester bei gekürzter Pension frühzeitig zwangspensioniert. Er verzog nach Röntgental im Kreis Bernau, wo ihn seitdem der Rat des Bezirkes Frankfurt/Oder mit monatlichen Zuwendungen unterstützte. Als er am 9. Februar 1961 unautorisiert als katholischer Vertreter an der inszenierten Begegnung und Übergabe von (manipulierten) Unterschriften einer »Delegation fortschrittlicher Christen« mit Walter Ulbricht teilnahm, wurde er in der Folge von dem zuständigen Schweriner Weihbischof Bernhard Schröder vom Priesteramt suspendiert. Fischer war ob seiner wenig überzeugenden Agitation sowohl im katholischen Klerus wie auch unter katholischen Laien in der DDR isoliert und deshalb für die Kirchenpolitik der CDU kein Gewinn. Seit 1950 arbeitete er auch für das MfS in Mecklenburg bzw. danach für dessen Bezirksverwaltungen in Neubrandenburg und Frankfurt/Oder als verpflichteter GI »Marduk«. Fischer hatte sich nicht nur den Namen des babylonischen Rachegottes als Decknamen gewählt, er denunzierte auch entsprechend.²¹ Als er vom MfS in einer längeren Abhandlung 1965 die Abschaffung des Paragraphen 175 im Strafgesetzbuch forderte, setzte die Staatssicherheit bei SED und CDU »wegen seines moralisch schlechten Verhaltens« seine konsequente Isolierung durch²² und degradierte ihn bis zu seinem Tod im Jahre 1973 zur öffentlichen Unperson.

Weitere katholische Geistliche, die sich durchaus der CDU bedienten und sich auch von ihr ansprechen ließen, verprellte die Partei durch übereifrige propagandistische Vereinnahmungen in ihrer Presse. So distanzierten sich von entsprechenden Veröffentlichungen und damit auch von den Methoden der CDU in den Jahren 1957/1958 der Heiligenstädter Propst Josef Streb, der Eichsfelder Pfarrer Franz Westermann (1956 noch auf dem CDU-Parteitag in Weimar in den Hauptvorstand gewählt) und der Naumburger Pfarrer Ste-

20 Seine Angaben, die ihn in der SBZ als Opfer des Faschismus einstufen und ihm viele öffentliche Auftritte als führender katholischer »Antifaschist« in der DDR verschafften, beruhen weitgehend auf phantasievollen bis falschen Behauptungen über seine angebliche Tätigkeit in »Widerstandsgruppen« während der NS-Zeit. Vgl. dazu unter anderem Karl Fischers Nachlaß im ACDP.

21 BStU, Ast Frankfurt/Oder, AIM 205/66.

22 EBD., Bd. II, Bl. 188.

phan Huppertz.²³ Der Magdeburger Weihbischof Friedrich Maria Rintelen beschwerte sich sowohl im Januar 1961 als auch im darauffolgenden Jahr öffentlich über unerwünschte propagandistische Geburtstagsglückwünsche in der örtlichen CDU-Presse, die dann in der Folgezeit unterblieben.²⁴

Ähnlich ungeschickt arbeitete die CDU mit dem einzigen katholischen Geistlichen in der DDR, der sich in einer mit Karl Fischer ansatzweise vergleichbaren Weise mit dem Sozialismus identifizierte und unter Pseudonym seit 1960 in der CDU-Presse publizierte: Kaplan Frank Ritter wurde deshalb vom Meißener Bischof Otto Spülbeck nach Wurzbach im südlichen Ostthüringen versetzt, wo er mit kirchlichen Aufgaben eingedeckt wurde und geographisch immobil war. In einem Brief an Günter Wirth vom 12. April 1962 bezeichnete Ritter Fischer und sich als die einzigen »progressiven katholischen Geistlichen« in der DDR und beklagte seine Behandlung durch die Kirchenleitung.²⁵ Ritter stellte jedoch bald aus noch ungeklärten Gründen seine Aktivitäten in der CDU ein und trat Anfang der Achtziger Jahre auch aus der Partei aus. Damit entsprach er unter anderem einem häufig angewandten Konzept des MfS, mit dem er spätestens seit 1971 in Wiederitzsch bei Leipzig als IM »Frank«²⁶ kooperierte: Je weniger sich kirchliche Amtsträger öffentlich in CDU oder Nationale Front engagierten, desto besser waren sie bei ihren Amtsbrüdern gelitten und desto eher konnte wiederum das MfS interne Informationen über innerkirchliche Vorgänge von ihnen »abschöpfen«. Im Bereich der katholischen Kirche mußte die CDU-Zentrale deshalb, nach der nicht mehr existierenden Verwertbarkeit von Karl Fischer und Frank Ritter, von Mitte der sechziger Jahre bis 1989 mit den Möglichkeiten und Grenzen organisierter »Gesprächspolitik« sowie der 1964 geschaffenen »Berliner Konferenz« vorliebnehmen.²⁷

Weil die CDU-Führung in den fünfziger Jahren in der Kirchenpolitik von einer eifersüchtigen SED zur oft nachträglichen Akklamation gezwungen worden war, verlor sie in ihrer Mitgliedschaft und der christlichen Bevölkerung erheblich an Ansehen. Auf dem Gebiet der evangelischen Kirchen gewann sie jedoch ab Mitte der sechziger bis Anfang der siebziger Jahre vorübergehend kirchenpolitisches Gewicht.²⁸ In dieser Zeit profilierte sich die Abteilung Kirchenfragen unter ihrem seit 1965 amtierenden neuen Leiter Gerhard Quast. Die Arbeit professionalisierte sich und erreichte trotz geringer personeller Potenzen durchaus den »Standard« der Dienststelle des

23 Vgl. die Vorgänge in ACDP VII-013-1748.

24 Vgl. ACDP VII-013-452.

25 EBD.

26 BStU, Ast Leipzig, AIM 1653/85.

27 Vgl. unten die Abschnitte 3.2. bis 3.4.

28 G. BESIER (wie Anm. 19).

Staatssekretärs für Kirchenfragen. Gleichwohl behielten ZK und Politbüro der SED über das MfS immer die Übersicht über Aktionen und Absichten in der CDU-Führung, über die oft grotesken Selbstüberschätzungen Göttings und über Kompromittierendes aus dem Leben führender CDU-Politiker. Gerhard Quast, der nach seinem Ausscheiden aus der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen zwischen 1960 und 1965 persönlicher Referent von Götting gewesen war, berichtete wie erwähnt dem MfS als GI »Otto«, Hubertus Guske von der Zeitschrift ›begegnung‹ als GI »Hubert«²⁹, Adolf Niggemeier informierte als GI »Benno Roth«³⁰. An Direktheit übertroffen wurden diese ergiebigen Informanten noch von Günter Grewe, als GI »Graf« Mitarbeiter des MfS in den gesamten 39 Jahren seiner Existenz und seit 1960 hauptamtlich im Sekretariat des Nationalrats der Nationalen Front.³¹ Hinzu kamen auf zentraler und bezirklicher Ebene weitere vom MfS geworbene Mitarbeiter, unter anderem Sekretärinnen. Alle Bezirksvorsitzenden der CDU mußten auf Weisung von Gerald Götting Pflichtkontakte zum MfS unterhalten, doch in jedem Bezirksvorstand versuchte die Staatssicherheit hinter dem Rücken des Vorsitzenden noch mindestens einen weiteren CDU-Politiker anzuwerben.³²

Die persönlichen Rivalitäten und Intrigen allein in der CDU-Zentrale waren exorbitant. Das MfS wurde nicht nur zu deren Mitwisser, sondern gleichermaßen zur Appellationsinstanz mit schiedsrichterlicher Funktion. Angesichts dieser »Transparenz« erhebt sich die Frage, ob, wie bisher argumentiert, von einem äußerlich ja durchaus wahrnehmbaren kirchenpolitischen Eigenprofil der CDU in der Phase zwischen Mitte der sechziger und Anfang der siebziger Jahre überhaupt gesprochen werden kann. Die SED beaufsichtigte über ihre ausgedehnte Mitwisserschaft ohnehin die CDU und gewährte ihr damit ein Profil quasi »bis auf Widerruf«.

Als die CDU aus Sicht der SED ihre Aufgaben auf dem Gebiet der evangelischen Kirchen erfüllt hatte und die kirchenpolitische Konkurrenz zu lästig geworden war, intervenierte Hans Seigewasser als Staatssekretär für Kirchenfragen am 29. Juli 1974 brieflich bei Gerald Götting. Er sprach Gerhard Quast sein Mißtrauen aus, kündigte jegliche Kooperation auf und legte Konsequenzen nahe.³³ Der CDU-Abteilungsleiter wurde in der Folge in die Abteilung Dokumentation beim Hauptvorstand degradiert und verschwand

29 BStU, ZA, A 836/85 (Tätigkeit für das MfS zwischen 1959 und 1989).

30 BStU, ZA, AIM 11943/89 (Tätigkeit für das MfS zwischen 1954 und 1989).

31 BStU, ZA, AIM 11944/89 (Tätigkeit für das MfS zwischen 1950 und 1989).

32 Vgl. z.B. die MfS-Akten zu Theodor Weinrich, zwischen 1954 und 1989 als GI bzw. IM »Franz« für das MfS tätig und von 1961 bis 1969 stellvertretender Bezirksvorsitzender der CDU in Erfurt: BStU, Ast Erfurt, IX 1191/61.

33 Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam (BAP), DO-4, 473.

in der politischen Versenkung, bis er Ende 1989 von Hermann Kalb noch einmal in die auslaufende Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen geholt werden sollte. 1975 wurde der evangelische Theologe Wulf Trende, Quasts bisheriger Stellvertreter, in der CDU-Zentrale sein Nachfolger. In der Folgezeit wurde dieser von der SED konsequent aus der kirchenpolitischen Informationslinie und von organisierter Kooperation ausgeschlossen.

3.2. »Gesprächspolitik« mit der katholischen Kirche im Dreieck CDU, ZK und MfS

Angesichts der inoffiziellen Durchdringung konnte die CDU nicht nur kein wirklich eigenständiges kirchenpolitisches Profil gewinnen. Sie hatte auch nicht den Spielraum, als ehrlicher Makler zwischen Staat und Kirche aufzutreten, obwohl diese Motivation bei einzelnen CDU-Funktionären, zumal solchen mit kirchlicher Bindung, durchaus vorhanden gewesen sein mag und auch Vertreter aus der katholischen Kirche in den sechziger Jahre mit gutem Willen daran anknüpften.

Die katholische Kirche unterhielt durch beauftragte höherrangige Geistliche auf Berliner Zentralebene und in den Bezirken regelmäßige Verhandlungskontakte mit den Behörden des Staatsapparates, die für Kirchenfragen zuständig waren. Darüber hinaus gab es von 1958 bis 1989 im Auftrag der Ordinarienkonferenz bzw. Bischofskonferenz Dauerkontakte zum MfS in Berlin, die später durch Aufträge zu weiteren Gesprächen mit der Staatssicherheit in Magdeburg (ab 1972), Dresden (ab 1981), Halle (ab 1982) und Leipzig (ab 1984) ausgebaut wurden. Bis auf die Gespräche der Dresdner Bistumsleitung mit der SED-Bezirksleitung unter Hans Modrow zwischen 1984 und 1987 und Sonderfälle im Eichsfeld unterhielt die katholische Kirche keine Direktkontakte mit Parteistellen der SED.³⁴

Katholische Bischöfe und Amtsträger unterschieden in der CDU nach zentralen und regionalen Funktionären sowie nach individuellen Personen. So kamen in Berlin zu keiner Zeit vor Ende 1989 politische Gesprächs- oder Verhandlungskontakte der katholischen Kirche zum CDU-Hauptvorstand oder zu seiner Abteilung Kirchenfragen zustande. Abgesehen vom Sonderfall des Eichsfeldes,³⁵ kam es dagegen auf Bezirksebene in den 60er Jahren zu einigen echten Gesprächsverbindungen, die zumindest von kirchlicher Seite aufrichtig waren. Für die CDU-Zentrale handelte es sich dagegen um »Gesprächspolitik«, die zu »differenzierungspolitischen Erfolgen« führen konnte, welche man wiederum gegenüber der SED geltend machen wollte.

³⁴ Zu Anbahnung, Inhalt und Problematik dieser Gesprächsebenen im Kontext der staatlichen Kirchenpolitik sowie der kirchlichen Strategien siehe Anm. 2.

³⁵ Siehe Kapitel 4.

So kam es zwischen 1961 und 1969 zu zahlreichen politischen Gesprächen des Magdeburger Weihbischofs Friedrich Maria Rintelen sowie 1970 und 1971 auch zu solchen seines Nachfolgers Johannes Braun mit dem CDU-Bezirksvorsitzenden Ulrich Fahl. Am 5. Februar 1966 konnte Fahl einmalig sogar an einem offiziellen Gespräch des Rates des Bezirkes Magdeburg mit Rintelen teilnehmen, woraufhin sich jedoch der Magdeburger Weihbischof sofort gegen die Teilnahme des CDU-Vertreters aussprach und sich diese dann auch nicht wiederholte. Fahl lieferte über alle seine Gespräche mit den Magdeburger Bischöfen erfolgsorientierte »Abschöpf«-Berichte an den Hauptvorstand der CDU³⁶ und an die SED-Bezirksleitung in Magdeburg. Der katholische Dresdner CDU-Bezirksvorsitzende Friedrich Mayer übergab nach einem sehr langen persönlichen Gespräch mit dem Meißener Bischof Otto Spülbeck im Juni 1963 einen ausführlichen Bericht an das MfS.³⁷ Nicht wenige katholische Funktionäre in der CDU aus allen Teilen der DDR wollten durch weitergereichte Berichte ihre Fähigkeiten demonstrieren, von katholischen Geistlichen Interessantes in Erfahrung zu bringen. In Erfurt hatte Weihbischof Hugo Aufderbeck einer kalkulierten »Anregung« von führenden CDU-Katholiken zugestimmt, im privaten Kreis vertraulich die Situation der Kirche im sozialistischen Staat nach dem II. Vatikanischen Konzil zu erörtern. So fanden daraufhin zwischen 1966 und 1969 einige Gespräche des von Aufderbeck beauftragten Dozenten Wilhelm Ernst vom theologischen Studium des Erfurter Priesterseminars mit bis zu vier katholischen Thüringer CDU-Funktionären statt. Bis auf einen berichteten sie alle dem MfS bzw. dem ZK der SED und dem CDU-Hauptvorstand, wobei sie besonders auf die Äußerungen Ernsts verwiesen, die persönliche und inhaltliche Spannungen in der katholischen Kirche zur Sprache brachten.³⁸

Von solchen Gesprächen auf höheren Ebenen abgesehen, verliefen allerdings die meisten Kontakte zum katholischen Klerus eher unpolitisch. Sie wurden deshalb auch nicht umgehend nach oben gemeldet, sondern eher dann aufgeführt, wenn aus Berlin statistische Erfolge angefordert wurden. So wurden in einer Aufstellung der Abteilung Kirchenfragen beim Hauptvorstand vom 20. Oktober 1969 »zur Entwicklung des staatsbürgerlichen Bewußtseins bei kirchlichen Amtsträgern im Zusammenhang mit

36 Vgl. z.B. Berichte vom 20. Dez. 1961 und 22. Jan. 1962 (ACDP VII-013-3003).

37 Siehe Mayers Niederschrift vom 6. Juni 1963, in: BStU, ZA, AP 20202/92, Bl. 17-22.

38 Vgl. die IM-Akten »Martinus« zum Chefredakteur des Thüringer Tageblattes, Franz Gerth (BStU, Ast Erfurt, IX 640/65), und die Akte »Franz« zum stellvertretenden Bezirksvorsitzenden (wie Anm. 32). Siehe außerdem Notizen zu den Gesprächen in diversen Archivbeständen: 21.7.1966 (ACDP VII-013-3061), 21.10.1966 (ACDP VII-013-2135), 4.2.1969 (ACDP VII-013-2164), 8.9.1969 (BAP, O-4, 842), 28.11.1969 (SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/14/11). Die beiden anderen Gesprächspartner aus der CDU waren der Erfurter Bezirksvorsitzende Franz Kirchner sowie Willy Rutsch, der als einziger keine Informationen weitergab.

dem 20. Jahrestag der DDR« insgesamt 245 Kontakte zu katholischen Geistlichen, darunter 21 zu solchen »der mittleren Ebene« aufgelistet. Es wurde resümiert: »Beurteilt man den Inhalt der entwickelten Kontakte zu katholischen Geistlichen, so ist davon auszugehen, daß die Mehrzahl auf einer persönlichen Verbindung katholischer Unionsfreunde, die eng mit dem Leben ihrer Kirchengemeinde verbunden sind, beruht. Nicht immer sind diese Kontakte regelmäßig und gezielt auf die Klärung politischer Grundfragen gerichtet.«³⁹ Mit dem kirchenpolitischen Bedeutungsverlust der CDU in den siebziger Jahren und der Ablösung von Gerhard Quast, dessen bürokratisch angeleitete Kirchenpolitik diejenige des Staatsapparates kopiert hatte, erlahmte die Initiative zu gezielten Kontakten mit dem katholischen Klerus. Begegnungen und auch Gespräche fanden zwar in deutlich reduzierter Zahl weiterhin statt, aber Inhalte wurden zumeist nur noch dann weitergegeben, wenn der CDU-Funktionär gleichzeitig IM des MfS war. Die »Gesprächspolitik« der CDU schwand mit deren kirchenpolitischen Degradierung. Deshalb war wiederum auch kirchlicherseits die Motivation zu Gesprächen mit der CDU geringer ausgeprägt.

3.3. Der Stellvertreter des Staatssekretärs für Kirchenfragen

Die Tatsache, daß die CDU zwischen 1957 und 1989 immer den Stellvertreter des Staatssekretärs für Kirchenfragen stellte, ist bisher selten mit der Kirchenpolitik der CDU in Verbindung gebracht worden, schon gar nicht im Kontext der katholischen Kirche. Dabei war der Stellvertreter des Staatssekretärs tatsächlich nur »Stellvertreter« auf dem Gebiet der katholischen Kirche. In allen anderen Aufgabengebieten übte der SED-Hauptabteilungsleiter der Dienststelle, zugleich Kontaktmann zu ZK und MfS, die Stellvertretung aus. Diesen Sachverhalt bestätigte beispielsweise Staatssekretär Klaus Gysi, als er am 5. Oktober 1987 beim Leiter des Sekretariates des Ministerrates einen Dienstwagen für den Hauptabteilungsleiter beantragte.⁴⁰

Der CDU-Stellvertreter hatte in der SED-dominierten Dienststelle des Staatssekretärs einen schweren Stand. In der SED-Parteiorganisation der Dienststelle, in der wichtige Personalien und Konflikte besprochen wurden, war er nicht präsent. Er wurde nicht aller Informationen für wert befunden, und man beobachtete mißtrauisch, ob er nicht etwa Kirchenpolitik für die CDU auf Kosten der herrschenden Partei betrieb. Wenn er ein Gewicht in der Dienststelle haben wollte, mußte er besonders loyal sein und beinahe in Überkompensation die Standpunkte der SED vertreten. Sollte er dann sogar

³⁹ ACDP VII-013-2153.

⁴⁰ Siehe den Brief Gysis an Staatssekretär Kurt Kleinert (BAP, O-4, 712).

kirchenpolitische Erfolge in seinem Aufgabengebiet »Katholische Kirche« vorweisen, konnte er über die Stellvertreter-Rolle hinauswachsen. Wüßte man nicht, daß die Stellvertreter des Staatssekretärs für Kirchenfragen der CDU angehörten, wäre es schwierig, aus ihren Aktionen und Argumentationen auf eine Nicht-SED-Mitgliedschaft zu schließen.

Max Hartwig, ein früherer Referent Otto Nuschkes, repräsentierte die CDU in der Dienststelle nur zwischen April 1957 und März 1960, bis er wegen seiner NS-Vergangenheit, die er verschwiegen hatte, entlassen wurde. Sie wurde ausgerechnet dann in der Westpresse publik, als die SED ihre propagandistischen Kampagnen gegen ehemalige NS-Funktionsträger im politischen System der Bundesrepublik Deutschland betrieb. Es gibt bisher keine Anhaltspunkte dafür, daß dem MfS möglicherweise die Vergangenheit von Max Hartwig bekannt war und es ihn damit nur erpreßte. Statt dessen erscheint seine Ernennung zum Stellvertreter des Staatssekretärs tatsächlich in Unkenntnis seiner Vergangenheit erfolgt zu sein. In der Dienststelle konnte Hartwig zwischen 1957 und 1960 keine Akzente setzen, weil man ihn von vielem mißtrauisch fernhielt. Die oft sehr personenbezogenen Berichte der in dieser Zeit als IM für das MfS tätigen Mitarbeiter in der Dienststelle (z.B. Horst Dressler/«Harry«, Hans Wilke/«Horst«, Hans Joachim Seidowsky/«Gerhard«, Gerhard Quast/«Otto») spiegeln auch den schweren Stand von Max Hartwig in diesem SED-gelenkten Staatsorgan wider.

Sein Nachfolger Fritz Flint, der zwischen 1960 und 1977 dieses Amt wahrnahm, konnte sich dagegen offensichtlich besser behaupten. Schon früh gewann er an Profil, indem er in den sechziger Jahren mit katholischen Weihbischöfen außerhalb Berlins ins Gespräch kam. Er bereitete zusammen mit dem Abteilungsleiter für den Bereich Katholische Kirche in der Dienststelle die Gespräche des Staatssekretärs mit Kardinal Alfred Bengsch vor und führte im Vorfeld Gespräche mit dessen beauftragten Prälaten. Sein Auftreten und Argumentieren entsprach dabei exakt den Vorgaben der SED. Daß er nicht dieser Partei, sondern der CDU angehörte, wird weder aus den Berichten der kirchlichen Unterhändler noch aus seinen eigenen Vermerken in irgendeiner Weise spürbar.

Nach 1965 konnte Flint zeitweise seinem Parteifreund Gerhard Quast beim Hauptvorstand der CDU sogar Durchschläge von Vermerken zu Gesprächen mit Kirchenvertretern übergeben. Später informierte er Quast regelmäßig mündlich, worüber letzterer schriftliche Vermerke anfertigte. Bei gemeinsamen kirchenpolitischen Besprechungen zwischen Mitarbeitern des ZK der SED, der Dienststelle des Staatssekretärs und Quast spielte Flint oft eine wichtige Rolle als Verbindungsglied zwischen SED und CDU. Als die CDU jedoch ab Anfang der siebziger Jahre kirchenpolitisch unbedeutend geworden war und Quast schließlich abgesetzt wurde, versiegte auch der bis dahin tolerierte Informationsfluß von seiten Flints in die CDU-Parteizentrale.

Quasts Nachfolger Trende wurde jedenfalls weder von Flint noch ab 1977 von Hermann Kalb in nennenswerter Weise über Vorgänge und Konzepte der Dienststelle des Staatssekretärs informiert, geschweige denn in diese einbezogen.

Fritz Flint wurde 1977 von seinem Amt offensichtlich nicht gezielt abgelöst. Ob er es freiwillig abgab, läßt sich bisher nicht feststellen. Mit Hermann Kalb wurde jedenfalls 1977 ein langjähriger hauptamtlicher Thüringer CDU-Funktionär, Chefredakteur des CDU-Zentralorgans »Neue Zeit« und schließlich Mitglied des Präsidiums der Volkskammer, neuer Stellvertreter des Staatssekretärs für Kirchenfragen. Zuvor war er in der CDU-Partei-führung zunehmend in persönliche Konflikte geraten. Das politische und private Leben von Hermann Kalb zwischen 1950 und 1977 war für das MfS – und damit bei Bedarf für die SED – ein offenes Buch.⁴¹ Von 1950 bis 1967 arbeitete er für das MfS als GI »Hugo« bzw. »Schütz« bzw. »Hermann«, danach wurde er von IM in der CDU überwacht. Als er 1977 Stellvertreter des Staatssekretärs wurde, hatte das MfS nicht nur jederzeit die Möglichkeit, ihn in diesem Amt offiziell als »Quelle« bzw. IM »Hermann« »abzuschöpfen«. Es hätte ihn auch jederzeit kompromittieren und nach Belieben stürzen können. Dazu kam es nicht, weil Kalb sich in seiner neuen Funktion, vor allem auf dem Gebiet der katholischen Kirche, aus Sicht der SED außerordentlich bewährte.⁴²

In Gesprächen mit katholischen Bischöfen, ebenso in solchen mit den kirchlichen Gesprächsbeauftragten der »Berliner Bischofskonferenz«, Prälat Paul Dissemmond und vor allem Prälat Gerhard Lange, agierte Kalb prinzipiell und flexibel zugleich. Außerordentlich erfolgreich war er, was die Schaffung von Vertraulichkeiten anging. Lange Zeit mißtraute das ZK der SED Vier-Augen-Gesprächen eines CDU-Politikers mit katholischen Unterhändlern. Schließlich erkannte es aber den Wert von Hermann Kalb in dieser Hinsicht und ließ ihn, neben einigen wenigen Offizieren des MfS, zum wichtigsten Staatsfunktionär auf dem Gebiet der Kirchenpolitik gegenüber der katholischen Kirche avancieren. Das für Kirchenfragen zuständige Politbüromitglied Werner Jarowinsky sprach in einem Brief an Erich Honecker vom 27. Mai 1987 bezüglich einer aussichtsreichen Einflußnahme auf die katholische Kirchenführung wie selbstverständlich vom »Kanal Kalb-Lange«.⁴³

41 Vgl. hierzu BStU, ZA, AP 14416/92.

42 Vgl. hierzu ausführlich mit vielen Beispielen Anm. 2.

43 SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED 41909.

3.4. Die Zeitschrift »begegnung« und die »Berliner Konferenz«

Bestandteil der SED-angeleiteten »Differenzierungspolitik« gegenüber den Kirchen, also ihrer versuchten Spaltung, waren auch spezielle Hilfsdienste und Profilierungsversuche katholischer Funktionäre und Mitglieder der CDU, sowohl im abgestimmten Auftrag als auch in begrenzter Konkurrenz zur SED. Hierzu zählten auf dem Gebiet der katholischen Kirche die seit Oktober 1961 erscheinende Zeitschrift »begegnung« und vor allem die im November 1964 begründete sogenannte »Berliner Konferenz«.⁴⁴

Die »begegnung« wurde zunächst in einer Auflage von 3.000 Exemplaren gedruckt, 80 Prozent ihrer Gesamtkosten wurden aus staatlichen Zuschüssen über die Nationale Front abgewickelt. Fast alle Chefredakteure, besonders Hubertus Guske⁴⁵, und einige weitere Mitarbeiter arbeiteten während der gesamten Zeit der Existenz der Zeitschrift mit dem MfS zusammen, das so detailliert über Haushalt, Redaktionsinterna und Planungen informiert war.⁴⁶ Die Tarnung der Zeitschrift nach außen als »katholische Monatschrift« zur Demonstration angeblicher Unabhängigkeit von Staatsorganen und CDU blieb unglaubwürdig, ihre journalistischen Methoden oft unseriös. Die Tatsache, daß sie bei dem Minimalangebot kirchlicher Publikationen in der DDR aus Neugier von vielen katholischen Klerikern und Laien gelesen wurde, mündete jedenfalls nicht in die beabsichtigten »differenzierungspolitischen« Erfolge.

Die international ausgerichtete »Berliner Konferenz« (BK), ins Leben getreten nach einer Tagung von 140 Teilnehmern am 17. und 18. November 1964 in Berlin, war das katholische Pendant zu der 1958 mit Unterstützung aller kommunistischen Parteien des Warschauer Vertrages gegründeten »Christlichen Friedenskonferenz« (CFK). Orientiert an dem Muster propagandistischer öffentlicher »Beratungen progressiver Katholiken« in der DDR seit 1959 und dem Modell eines im April 1963 in Köln gegründeten Arbeitskreises deutscher Katholiken mit Namen »Pax Vobis«, konnte die BK versuchen, die Enzykliken von Papst Johannes XXIII., insbesondere »Pacem in Terris« vom 11. Mai 1963, und dessen neue vatikanische Ostpolitik selektiv auszunutzen. Parallel zur evangelischen CFK wurde die BK als

44 Hierzu bereits an anderer Stelle ausführlicher: Bernd SCHÄFER, »Um anzukommen muß man sich »ankömmlich« artikulieren«: Zur »Berliner Konferenz« (BK) zwischen 1964 und 1993, in: Michael RICHTER/Martin RISSMANN (Hrsg.), *Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung* (Schriften des Hannah-Arendt-Institutes für Totalitarismusforschung, Bd. 2), Weimar-Köln-Wien 1995, S. 111-125.

Die folgenden Ausführungen zu dieser Thematik sollen deshalb hier eher kursorisch bleiben.

45 Siehe Anm. 29.

46 Vgl. für die Zeit zwischen 1961 und 1965: BStU, ZA, A 835/85.

Transmissionsriemen in den regelmäßigen kirchenpolitischen Tagungen der Staatsämter für Kirchenfragen aller sozialistischen Länder thematisiert.

Die Aktivisten der BK verfolgten die Taktik der intern zynisch so genannten »katholischen Linie« mit selektiv zitierten päpstlichen Äußerungen zur Eigenverantwortung katholischer Laien, um vorgegebene Kirchentreue mit differenzierungspolitischen Absichten zu verbinden. In der DDR konnten sie jedoch nur eine sehr geringe und quantitativ bald stagnierende Zahl von katholischen Laien gewinnen. Katholische Geistliche aus der DDR konnten von der BK zu keiner Zeit als öffentliche Sympathisanten präsentiert werden. In den hierarchiekritischen Strömungen innerhalb der katholischen Kirche in der DDR, wie beispielsweise dem »Aktionskreis Halle« (AKH), gelangen ihr erst recht keine Erfolge. Immer wieder bis Mitte der siebziger Jahre ließ sich die BK, die im eigenen und im anleitenden hauptamtlichen Apparat⁴⁷ sowie auch unter ihren Mitgliedern mit IM des MfS geradezu durchsetzt war, von der SED und dem Eifer einiger Funktionäre in durchsichtiger Form instrumentalisieren.⁴⁸ Ihre Erfolglosigkeit unter dem katholischen Klerus und der katholischen Bevölkerung in der DDR war so geradezu vorprogrammiert.

In Westeuropa konnte die BK dagegen durchaus einige Sympathisanten gewinnen, vor allem in den Niederlanden, Belgien, in Frankreich und Italien, aber auch stellenweise in der Bundesrepublik. Das Betätigungsfeld der BK entfernte sich deshalb zunehmend vom Adressaten Kirche und konzentrierte sich zunächst auf die Bemühungen um die internationale Anerkennung der DDR, schließlich auf Unterstützung und Propagierung ihrer Außenpolitik als »Friedenspolitik«. In diesen Bereichen konnte die BK durchaus einige Beiträge leisten, auch wenn das gesamte Unternehmen zunehmend zum Polittourismus entartete und für die devisenschwache DDR schließlich mehr Kosten als Nutzen verursachte.⁴⁹

47 Siehe Anm. 29 bis 31. Neben Günter Grewe als IM »Graf« gelang es auch Georg Wipler, der zwischen 1966 und 1980 im Sekretariat der BK in Berlin beschäftigt war, als IM »Bruno« in der gesamten Zeit der Existenz des MfS (in diesem Falle zwischen dem 5. Sept. 1950 und dem 31. Jan. 1990) für dieses Organ tätig zu sein bzw. von ihm finanziert zu werden: Vgl. BStU, ZA, A 116/85.

48 Vgl. hierzu das Fallbeispiel »Offenes Wort von Katholiken in der Deutschen Demokratischen Republik«, das am 3. Mai 1972 vor der Eröffnung der Pastoralsynode aller katholischen Jurisdiktionsbezirke in der DDR inszeniert wurde (Anm. 2). Vgl. zu einem autonomen CDU-Versuch der Einflußnahme auf das Katholikentreffen der katholischen Kirche in der DDR im Juli 1987 in Dresden: Dieter GRANDE/Bernd SCHÄFER, *Zur Kirchenpolitik der SED. Auseinandersetzungen um das Katholikentreffen 1983-1987*, Leipzig 1994, S. 118 ff. und 126 ff.

49 Bernd SCHÄFER (wie Anm. 44), S. 121-125.

4. Eine andere Perspektive zu »CDU und katholische Kirche in der DDR« – Sonderfall Eichsfeld

Im Eichsfeld war die Herrschaft der SED, verglichen mit allen anderen Regionen der DDR, kaum stärker als ein dünner Schleier. Er genügte zwar, um in einem traditionell dörflichen bzw. kleinstädtischen familien- und arbeitszentrierten lokalpatriotischen Milieu politische Stabilität in Form einer vordergründigen Ruhe zu erzeugen, doch mußte die SED dazu die Eigenheiten des katholischen Milieus und die starke Rolle einer CDU tolerieren, die sich bis auf Einzelfälle mitnichten als Transmissionsriemen benutzen ließ. Auch die Durchdringung des katholischen Milieus im Eichsfeld seitens des MfS war gering. Trotz aller auch die katholische Kirche und die CDU-Mitgliedschaft provozierenden Maßnahmen, etwa zwischen 1958⁵⁰ und dem Ende der 60er Jahre, mußte die SED in dieser katholischen Enklave vieles geschehen lassen, was andernorts in der DDR unvorstellbar gewesen wäre. Die oberflächliche Herrschaft der SED war wie ein Firnis, der im Herbst 1989 ersatzlos verschwand. Die CDU wurde zur bis heute unumstritten dominierenden Kraft im Eichsfeld, in zum Teil hoher personeller Kontinuität.⁵¹

Die katholische Kirche im Eichsfeld hatte unter Propst Josef Streb, der 1945 die CDU in Heiligenstadt mitgründete und bis zu seinem Tode im Jahre 1976 Mitglied blieb, von Anfang an auf eine Zusammenarbeit mit der CDU gesetzt und Katholiken empfohlen, in der Partei zu bleiben und Positionen zu besetzen. Auch wenn Propst Streb mitunter eine autonome Kirchenpolitik mit Elementen der Selbstüberschätzung betrieb,⁵² die seinen vorgesetzten Bischöfen und dem Ordinariat in Erfurt immer wieder zu weit ging, so legte er doch mit den Grundstock für die eichsfeldische Variante zur Relativierung des SED-Herrschaftsanspruchs.

Der Erfurter Weihbischof Joseph Freusberg, 1945 ein Mitgründer der CDU, aus der er 1953 wieder austrat, predigte beispielsweise im Septem-

50 1958 floh z.B. der Heiligenstädter CDU-Kreisvorsitzende Joachim Thierse aufgrund des politischen Druckes von SED und MfS ebenso in den Westen wie 1952 sein Vorgänger Arnold Bahlmann. Vgl. zu diesen Vorgängen die IM-Akte von Thiersees damaligem Stellvertreter (wie Anm. 32): BStU, Ast Erfurt, 285/54 (in: IX 1191/61).

51 Vgl. Ute SCHMIDT, *Von der Blockpartei zur Volkspartei? Die Ost-CDU im Umbruch 1989 bis 1994*, Opladen 1997.

52 Vgl. z.B. seine eigenmächtigen Gespräche mit dem MfS zwischen 1958 und 1967 (BStU, ZA, AIM 2758/68: »Stern«), das ihn vergeblich von der CDU loslösen wollte. Streb sprach sehr offen mit allen verfügbaren Staats- und Parteistellen und erzählte, wiederum sehr zum Ärger des MfS, allen von allen, um sie gegeneinander auszuspielen. Es ist eine recht zweifelhafte Ehre, daß er in der Zeit der DDR der einzige katholische Geistliche war, zu dem eine lobende Schrift (im CDU-eigenen Union-Verlag) veröffentlicht wurde: Franz GERTH, *Josef Streb* (Christ in der Welt, Heft 44), Berlin/DDR 1978. Zum Autor dieser Schrift siehe auch Anm. 38.

ber 1954 und im September 1956 bei den Eröffnungsgottesdiensten der DDR-weiten CDU-Parteitage in Weimar. Obwohl er kritische Worte wählte und die katholischen Delegierten zur Unterstützung kirchlicher Anliegen aufforderte, wurde er in beiden Fällen von der CDU-Presse selektiv zitiert und seine »Teilnahme« propagandistisch als kirchliche Unterstützung der Partei vereinnahmt. Auf kritische Rückfragen aus der Kirche rechtfertigte er am 19. September 1956 in einem Schreiben an den vatikanischen Nuntius Aloysius Muench in Bonn sein Auftreten mit dem Hinweis auf die volkskatholischen Gebiete des Erfurter Generalvikariates im Eichsfeld und in der Rhön: »Die meisten dieser Katholiken dieser Distrikte sind politisch in der CDU organisiert. Die Mitgliedschaft in dieser Partei ist die einzige Möglichkeit für die Katholiken, um in ihren Gebieten überhaupt Einfluß zu haben und nicht alles der SED zu überlassen. Tatsächlich sind auf diese Weise dort in den Gemeinde- und Kreisräten gute und zuverlässige Katholiken tätig, deren Einfluß es zu danken ist, daß lokal manches im katholischen Sinne abgelenkt wird.«⁵³ Freusberg selbst ging jedoch nach der propagandistischen Auswertung seiner Predigten in Weimar wieder auf Distanz zur CDU.⁵⁴

Die SED hatte in der autochthonen Eichsfelder Bevölkerung kein ausreichendes Reservoir, um ihre Nomenklaturkader zu besetzen. Die wenigen einheimischen SED-Mitglieder waren oftmals gleichzeitig auch praktizierende Katholiken und damit »unsichere Kantonisten«, weil sie verdächtigt wurden, eher auf den Klerus zu hören als auf den Parteisekretär. Deshalb wurden nicht wenige Stellen mit Nicht-Eichsfeldern besetzt, die es wiederum als offenbar delegierte Auswärtige schwer hatten, in der Bevölkerung Ansehen und Autorität zu gewinnen. Die CDU-Mitglieder und Funktionsträger in den Kreisstädten und Gemeinden waren dagegen fast alle katholisch und zumeist kirchlich gebunden. Im Eichsfeld galten die üblichen Regeln für die SED-Nomenklatura nicht. Die Partei konnte keinesfalls Staatsapparat und MfS einfach damit beauftragen, die Kirche zu überwachen oder Kontakte zu ihr in die Wege zu leiten. Das läßt sich an einem Vorgang zeigen, der in jedem anderen Kreis der DDR so unvorstellbar gewesen wäre: Der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung in Heiligenstadt, Jürgen Kofend, war 1986 daran interessiert, zur Aufwertung der eigenen Position, mit dem Bischöflichen Kommissarius des Eichsfeldes, Propst Paul Julius Kockelmann, zusammenzutreffen, ohne daß von dem Treffen irgendeine öffentliche Auswertung vorgenommen werden sollte. Das Treffen konnte

⁵³ Josef PILVOUSEK (Hrsg.), *Kirchliches Leben im totalitären Staat. Seelsorge in der SBZ/DDR 1945-1976*, Hildesheim 1994, S. 232.

⁵⁴ Vgl. ein »Gedächtnisprotokoll« des katholischen Erfurter CDU-Funktionärs Viktor Thiel zu einem Gespräch mit dem Erfurter Weihbischof am 4. Jan. 1957 (ACDP, VII-013, 1763).

aber nur der CDU-Kreisvorsitzende von Heiligenstadt vermitteln, der dann auch wie selbstverständlich im Mai 1986 an dem Sechs-Augen-Gespräch teilnahm.⁵⁵

In den vier Jahrzehnten der DDR-Geschichte lassen sich durchgehend Beispiele der Ratlosigkeit übergeordneter SED-Organen wie auch des MfS angesichts der faktischen Situation im Eichsfeld finden. So sandte der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Worbis, Adolf Swatek, am 6. April 1979 einen Bericht an den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Erfurt, Alois Bräutigam, über eine katholische Volksmission in den Eichsfeldgemeinden Büttstedt und Wachstedt. Darin beklagte Swatek, daß die predigenden Ordensleute drastische Äußerungen gewählt und »gehetzt« hätten. Es hätten sogar die Bürgermeister der beiden Orte (ein SED- und ein CDU-Politiker) an den Gottesdiensten teilgenommen und dazu weder vorher noch nachher informiert. Auf Vorhalten seitens der SED-Kreisleitung, so Adolf Swatek, »äußerten sie, wenn es bekannt würde, daß sie an den Staatsapparat informiert haben, könnten sie ihre Häuser zunageln und würden nicht mehr als Bürgermeister gewählt werden«.⁵⁶

Ein Sachstandsbericht der MfS-Kreisdienststelle Worbis vom 23. April 1981 über den Stand der »operativen Personenkontrolle« zum katholischen Pfarrer der 5000-Einwohner-Stadt Dingelstädt liest sich wie ein Report aus Feindesland. Bis auf drei als IM registrierte Personen ohne besonderen Kontakt zur Kirche und wenig »Einsatzmöglichkeiten« bieten sich für das MfS keine Ansatzpunkte: Der katholische CDU-Bürgermeister sei Kirchgänger und dem Pfarrer »hörig« und der wichtigste SED-Funktionär im Rathaus sei ebenfalls aktiver Katholik, dem Pfarrer würden deshalb alle Anträge genehmigt.⁵⁷ Ein derart ratloser Text des MfS nach über 30 Jahren Herrschaft, der den Ausfall der ansonsten überall in der DDR leicht aktivierbaren »Partner des Politisch-Operativen Zusammenwirkens« in Staatsapparat und Blockparteien konstatiert, ist bezeichnend.

Dieser Zustand ließ sich durch die SED auch nicht überwinden, obwohl es noch in den achtziger Jahren ernsthafte Versuche gab. Seit 1980 amtierte in Erfurt als neuer 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Gerhard Müller, der in seinem Bezirk wieder »kommunistische Prinzipien« durchsetzen wollte und für seinen Eifer 1983 vom Politbüro der SED ein auffälliges Lob erhielt. Für die Kreise Heiligenstadt und Worbis erfolgte 1983 ein Beschluß der Bezirksleitung, SED-Mitglieder und ihre Ehepartner im Eichsfeld zum Austritt aus

⁵⁵ Vgl. das Fernschreiben des Erfurter CDU-Bezirksvorsitzenden an Wulf Trende vom 16. Mai 1986 (ACDP, VII-013, 3155).

⁵⁶ Vormalig LV Thüringen der PDS, LPA-Erfurt, IV D 2/14/569 (inzwischen im Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar).

⁵⁷ BStU, ZA, HA XX/4, 3200.

der katholischen Kirche zu bewegen und gleichzeitig wichtige Positionen bis hin zu Lehrern und Ärzten gezielt mit »auswärtigen Kadern« zu besetzen.⁵⁸ Als daraufhin ein Heiligenstädter Geistlicher am Rande einer Geburtstagsveranstaltung für den Erfurter CDU-Politiker Willy Rutsch im April 1984 deswegen erregt den ebenfalls anwesenden Hermann Kalb ansprach und damit drohte, daß der katholische Klerus im Eichsfeld einen Kanzelaufruf zur Nichtteilnahme an der DDR-Kommunalwahl im Mai 1984 erwäge⁵⁹, setzte sich binnen Tagen über Kalb an das SED-Politbüro und wiederum über Kalb zurück an Gerhard Müller ein politisches Rückzugsgefecht in Gang. Müller wurde vom Politbüro angewiesen, den Beschluß der Erfurter Bezirksleitung zum Eichsfeld zurückzunehmen. Dazu mußte er demütigenderweise dem CDU-Politiker Hermann Kalb persönlich eine entsprechende Zusage geben, woraufhin Kalb noch am selben Tag dem Erfurter Bischof Joachim Wanke von diesem Nachgeben Mitteilung machte.⁶⁰

Schlußbemerkungen

Diese abschließenden Bemerkungen gelten einem Sachverhalt, der allgemein zu beobachten war, im Eichsfeld allerdings in besonders signifikanter Weise zum Ausdruck kam.

So als hätten die Bischöfe, Kleriker und Laien der katholischen Kirche in der DDR die Funktion der CDU als politische Interessensvertreterin des Katholizismus jahrzehntelang sozusagen nur als ruhend betrachtet, erfolgten ab 1990 zahlreiche Eintritte von Katholiken in eine nunmehr »andere CDU«. Im ersten Halbjahr 1990 waren in den nunmehr neuen Bundesländern unter den 15.252 Neuaufnahmen DDR-weit 14,8 Prozent katholisch (2.256 Personen), also etwa dreimal so viele wie der Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung. Während die Eintritte in Brandenburg (9,8), Sachsen (11,5) und Mecklenburg-Vorpommern (13,1 Prozent) unter diesem Durchschnitt lagen, waren sie in Berlin mit 15 Prozent sowie in Sachsen-Anhalt mit 15,4 Prozent überdurchschnittlich hoch. Den Höchstwert an katholischen Neumitgliedern konnte der CDU-Landesverband Thüringen mit insgesamt 20,4 Prozent aller Parteieintritte verzeichnen. Insgesamt mußte die CDU aber im ersten

⁵⁸ Vgl. zum folgenden Bernd SCHÄFER, »Müllers Eifer und Scheitern im Eichsfeld«, in: *Mitteldeutsche Allgemeine*, Nr. 144, 25. Juni 1994.

⁵⁹ »Information« von Hermann Kalb vom 12. April 1984 (BAP, DO-4, 991).

⁶⁰ Siehe die Anweisung der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK an die SED-Bezirksleitung Erfurt aufgrund eines Gespräches zwischen Politbüro-Mitglied Werner Jarowinsky und Müller vom 17. April 1984 sowie die Unterlagen des Rates des Bezirkes Erfurt zu Kalbs Gesprächen in Erfurt am 18. April 1984 (vormals LV Thüringen der PDS, LPA-Erfurt, AR-BL 1498; inzwischen im Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar).

Halbjahr des letzten Jahres der DDR auch 16.245 Abgänge verzeichnen, worunter sich 15,9 Prozent Katholiken befanden (2.576 Personen).⁶¹

In dieser Zeit wurde die CDU also in ihrer Mitgliedschaft statistisch nicht »katholischer«, als sie es Ende 1989 schon war. In der katholischen Wählerschaft jedenfalls avancierte eine von den meisten SED-beflissenen Führungskadern befreite sowie nunmehr gesamtdeutsch und damit demokratisch abgesicherte CDU in den verschiedenen Wahlen der Jahre 1990 zu einer Partei, die von etwa drei Vierteln der Katholiken in der DDR fast wie selbstverständlich gewählt wurde.⁶²

61 Zu allen Zahlenangaben siehe: ACDP VII-011-3543.

62 Nach einer repräsentativen Meinungsumfrage aus dem Herbst 1990 erklärten 74 Prozent der Katholiken in der (Noch-)DDR, daß sie die CDU wählen: *Der Spiegel*, Nr. 46/1990, S. 126.

